

## IG Lärmschutz Selmigerheide

# Westfälischer Anzeiger

Lokalteil Pelkum

Mi., 25.03.2026

## Bürger-Wut nach Aus für Lärmschutz

Bahn prüft alternativen Wandverlauf in Selmigerheide und bleibt beim „Nein“

**Selmigerheide** – Sie hatten es befürchtet: Dennoch waren die Wut und die Enttäuschung groß, als die Deutsche Bahn den Forderungen der IG Lärmschutz Selmigerheide auch nach einem alternativen Verlauf einer beidseitigen Lärmschutzwand entlang der Strecke Dortmund – Unna eine Absage erteilte. Doch Aufgeben gibt es für IG-Sprecher Folke Hellmig nicht: „Wir werden weiter kämpfen.“

Für die Absage brachte er kein Verständnis auf. Geld müsste genug vorhanden sein, verweist er auf das millionenschwere Investitionsprogramm der Bundesregierung. Passive Schallschutzmaßnahmen wie Schallschutzfenster oder -lüfter seien zwar schön und gut, brächten aber nur bedingt etwas. Aufgrund der massiven Lärmbelastung sei etwa die Nutzung des Gartens nur stark eingeschränkt möglich. Denn: „Lärm macht nachweislich krank“, sagt er.

Ganz neu ist das Problem nicht. Hellmig und seine Nachbarn leben schon seit Jahren an der Bahn und haben gelernt, mit dem Lärm umzugehen. Allerdings habe die Belastung, wie Hellmig sagt, in letzter Zeit stark zugenommen. Da sei zum einen das erhöhte Verkehrsaufkommen auf der Bahnstrecke Hamm – Unna. Und: Durch die Errichtung einer Lärmschutzwand auf der westlichen Seite habe sich die Situation für die Menschen auf der gegenüberliegenden Seite verschlechtert. „Der Schall wird durch die Lärmschutzwand reflektiert.“ Das hätten sogar Bewohner bestätigt, die etwas weiter von der Bahnstrecke entfernt an der Wiescherhöfener Straße leben.

Aufgrund eines WA-Berichts hatten die Anwohner kurz vor Weihnachten 2023 erfahren, dass die östliche Lärmschutzwand unter anderem wegen einer „Bestandssituation“ in



In der Selmigerheide entlang der Bahnstrecke Hamm – Unna gibt es nur einen einseitigen Lärmschutz. Die IG fordert den auch auf der gegenüberliegenden Seite.

ROBERT SZKUDLAREK



Vor knapp zwei Jahren hat sich die IG gegründet und zu ihren Treffen auch immer wieder Politiker eingeladen. Einer ihrer Sprecher ist Folke Hellmig (links)

ANDREAS ROTHER

Form eines Kabelkanals nicht gebaut wird. Nach diversen Gesprächen keimte im Herbst 2025 Hoffnung bei den geplagten Anwohnern auf: Die Bahn sagte zu, einen alternativen Verlauf für die Schallschutzwand – weiter von den Schienen entfernt – zu prüfen. Das Ergebnis liegt jetzt vor:

Nach Angaben der Bahn wurden auch bei den Schürfarbeiten in diesem Bereich „abschnittsweise weitere Kabelge-

funden“, die schon an anderer Stelle das Aufstellen der östlichen Lärmschutzwand verhindert hatten. „Auch bei der erweiterten und somit umfassenden Untersuchung konnte bis heute kein technisch möglicher Wandverlauf identifiziert werden“, so die Bahn. Zudem verweist sie darauf, dass bei einer noch weiter von den Schienen entfernt gelegenen Schallschutzwand die Schutzwirkung und damit das Kosten-

Nutzen-Verhältnis weiter sinken würden. Auch eine Errichtung der Wand im Zuge der Generalsanierung der Bahnstrecke im Jahr 2028 sei keine Option. Aufgrund des bereits aktuell niedrigen Nutzen-Kosten-Verhältnisses sei ein Bau ausgeschlossen. „Für eine erfolgreiche Vergabe der Schallschutzwand im Rahmen des komplexen Großprojekts Generalsanierung ist ein Nutzen-Kosten-Verhältnis deutlich

größer als 1 erforderlich.“

Im Ergebnis muss daher festgestellt werden, dass „neben der aktuell fehlenden technischen Möglichkeit auch keine realistische Perspektive auf eine Förderfähigkeit der Schallschutzwand im Rahmen der Förderrichtlinie des Bundes besteht“. „Daher können unsere Fachleute der DB InfraGo AG im Rahmen des freiwilligen Programms der Lärmsanierung, welches keinen Rechtsanspruch bedient, den Bau der SSW 15 nicht weiterverfolgen.“

Das will die IG nicht akzeptieren. Hellmig kritisiert, dass auf die vorgeschlagene Lärmschutzwand auf halber Höhe nicht eingegangen worden sei. An anderer Stelle gebe es damit Erfolge. Wie Hellmig sagt, wolle man jetzt mit MdB Michael Thews, der sich für die IG eingesetzt hat, das weitere Vorgehen besprechen. Denkbar sei etwa, dass alle Mitglieder des Verkehrsausschusses des Bundestags angeschrieben werden und man eine Bürgerversammlung abhält. **STEFAN GEHRE**